

REGIONALE ABWÄRTSSPIRALEN AUFGRUND GERINGER RENTEN UND STEIGENDER ALTERSARMUT?

Eine Annäherung

ERNST KISTLER / CONSTANTIN WIEGEL || In der Literatur seit langem diskutiert und inzwischen auch in Deutschland in der Praxis beobachtbar, wird gemeinhin von der Gefahr regionaler Abwärtsspiralen gerade im ländlichen Raum ausgegangen. Der demografische Wandel verstärkt diese Herausforderung. Auch geringere Alterseinkommen können in die gleiche Richtung wirken. Es gilt jedoch, genauer hinzuschauen.

EINFÜHRUNG

In den Diskussionen um die Zukunft des ländlichen Raumes werden bezogen auf die Diagnose wie auf die Therapievorschläge häufig Annahmen unterstellt und empirische Daten ungeprüft verwendet, die genauer hinterfragt werden sollten. Das Plädoyer dieses Beitrages¹ geht dahin, sich der Schwächen mancher Indikatoren und auch oft unterstellter Zusammenhänge bewusster zu werden. Ebenso werden in der einschlägigen Debatte allzu oft Argumente eingebracht, die der Tragweite der Herausforderungen nicht gerecht werden. Vorab sind drei Feststellungen zu treffen:

1. Nicht für jede der nachfolgend aufgezeigten Problemstellungen kann der Beitrag bzw. die bestehende Datenlage bereits Lösungen anbieten – es geht zunächst darum, sich diese Probleme genau vor Augen zu führen. Die einzelnen Schritte der Annäherung in diesem Beitrag zeigen einige überraschende empirische Befunde, gleichzeitig weisen sie jedoch auf drängende Forschungsfragen hin.

2. Der heutigen Rentnergeneration geht es im Durchschnitt unbestreitbar viel besser als noch zur Mitte des letzten Jahrhunderts (insbesondere vor der großen Rentenreform 1957 mit der Einführung der bruttolohnbezogenen Rente). Es geht jedoch darum, die Verteilung der

Alterseinkommen zu betrachten und nicht nur Durchschnittswerte. In gleichem Sinne ist zu betonen: *Die Alten* gibt es nicht; ebenso wenig wie *die Armen* oder *den* ländlichen Raum.

3. Nicht zu verstehen sind die folgenden Ausführungen dagegen als Kritik am umlagefinanzierten System der Gesetzlichen Rentenversicherung mit seiner Mischung aus Äquivalenz- und Solidarprinzip. Dieses hat sich seit einviertel Jahrhunderten bewährt, Kriege und Wirtschaftskrisen abgefedert und die Deutsche Einheit genau genommen erst ermöglicht – was mit einem kapitalmarktabhangigen System so nicht möglich gewesen wäre.

DAS SZENARIO

Das Szenario kollabierender ländlicher Räume wird häufig beschwört und hat in südlichen Ländern Europas bereits handfeste Belege. Ob in Kalabrien, den Abruzzen oder wenige Kilometer hinter den Kustenorten Andalusiens – überall finden sich nicht nur einzelne Orte, wo nur noch alte Leute wohnen. (Wenn sie nicht bereits richtige Geisterdorfer sind, von denen nur noch die am schönsten gelegenen eine Chance auf Wiederbelebung als „Künstlerkolonie“ oder Zweitwohnungssiedlung für Wohlhabende haben.) Entsprechende Tendenzen gibt es auch schon in den neuen Bundesländern.

Die gemeinhin unterstellte Wirkungskette ist recht einfach: Demografisch bedingt schrumpft die Bevölkerung, vor allem Junge wandern in die Ballungszentren ab. In der Folge werden Infrastrukturangebote und private Dienstleistungsangebote immer weniger ausgelastet, ja sogar ab- bzw. zurückgebaut. Dadurch sinkt die Attraktivität (weiter) und die Abwanderung verstärkt sich. Auch die viel diskutierten Gegenstrategien müssen hier nicht wiederholt werden: Breitband bis in den hintersten Winkel, Sammeltaxis, um die stillgelegten Bahn- und Buslinien zu ersetzen, Bittbriefe um Rückkehr an Abgewanderte seitens von Landesregierungen (bestückt mit einer Dose Thüringer Leberwurst, um Heimatgefühle zu wecken), usw.

Das alles ist plausibel, aber irgendwie doch zu vereinfachend und monokausal. Es ist zu fragen: Ist der demografische Wandel wirklich der Auslöser? (Ab-)Wanderung erfolgt vor allem mit Blick auf verfügbare attraktivere Arbeitsplätze – und die konzentrieren sich aus betriebswirtschaftlichen Motiven an bestimmten Standorten, v. a. in Ballungsräumen. Ob man das durch die Politik fördern oder dem entgegenwirken sollte (vgl. die Debatte um das Gutachten des Bayerischen „Zukunftsrates“), kann hier nicht diskutiert werden. Warum soll nur die Breitbandversorgung hoch subventioniert werden und nicht das Angebot von Supermärkten, Dorfgasthöfen und vor allem kleinere Schulklassen? Haben die zurückbleibenden Älteren noch genug Kaufkraft, um selbst das verbilligte Angebot der Sammeltaxis überhaupt bezahlen zu können? Und schließlich: Geht es hier wirklich nur um ländliche Räume? Wo liegt der Unterschied zu manchen – auch westdeutschen – Krisenstädten bzw. großen Stadtteilen in solchen Städten?

ALTERSARMUT – Zur Definition und Messung

Von verschiedener Seite wird grundsätzlich bestritten, dass es in Deutschland (Alters-) Armut geben würde, zumindest in relevantem Ausmaß. Die Argumentation reicht vom Vergleich mit Entwicklungsländern bis zum Verweis auf die zwar deutlich gestiegenen, aber doch recht niedrigen Anteile Älterer, die Leistungen der Grundsicherung beziehen (2012 in Bayern:

2,5 %; in Deutschland: 2,7 %). Diese Argumente stechen nicht: Armut ist nicht nur, wenn jemand z. B. existenziell vom Verhungern bedroht ist. Und: Es gibt stichhaltige Empirie,² die belegt, dass trotz der Umstellung von der früheren Sozialhilfe auf die heutige Grundsicherung viele Ältere trotz Leistungsberechtigung ihre Ansprüche nicht realisieren (Dunkelziffer der Armut).

Außerdem ist Armut vor allem ein relatives Konzept. Sie bemisst sich am Einkommen bzw. Vermögen oder der Lebenslage aller Haushalte in einem Land, in einer Region usw. Das ist nicht nur eine wissenschaftliche Konvention, sondern z. B. in der EU eine von Politik und amtlicher Statistik vereinbarte Vorgehensweise, die sogar relativ präzise operationalisiert wurde: Als arm(utsgefährdet) hat zu gelten, wer über ein Haushalts-Nettoäquivalenzeinkommen³ verfügt, das unterhalb der Armutrisikoschwelle liegt. Diese ist definiert als 60 % des mittleren Einkommen (Median,⁴ nicht des Durchschnitts).

Angesichts dieser klaren Definition der (relativen) Armut verbietet es sich, die Armutsdebatte mit den geringen Grundsicherungsquoten ersticken zu wollen. Eindeutig ist die Sache aber dennoch nicht ganz, und zwar vor allem in zwei Punkten:

- a) Man kann bei regionalen Analysen (Bundesländer, Regierungsbezirke, Kreise) sowohl den Bundes-, Landes- oder regionsbezogenen Median verwenden, um Armutrisikoquoten zu berechnen. Im Gegensatz etwa zu Martens (in diesem Heft) verwenden wir konsequent den jeweiligen regionalen Median, da nur dadurch ein „echter Bruch“⁵ berechnet wird. Ansatzweise werden über den regionalen Median außerdem auch Kaufkraftunterschiede – und deren Entwicklung über die Zeit – zwischen den Regionen berücksichtigt.
- b) Man kann verschiedene Datenquellen heranziehen – z. B. den Mikrozensus (MZ), die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), die Einkommenssteuerdaten usw. Jede dieser Quellen hat ihre Mängel und bei Stichproben gibt es immer ein Konfidenzintervall (statistischer Streubereich), was durchaus zu (leicht) unterschiedlichen Armutrisikoquoten führt.⁶

ARMUTSGEFÄHRDUNG – Siedlungsstrukturelle Regionstypen und Altersklassen

Auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels 2012 errechnet sich eine Armutsrisikoquote für Bayern von 12,2 % (Westdeutschland: 13,8 %). Nach Regionstyp differenziert ist diese in ländlichen Regionen höher (12,2 %) als in städtischen Regionen (10,7 %). Aufgrund der besonderen Siedlungsstruktur in Bayern (überdurchschnittlich hoher Anteil von Personen, die in ländlichen Regionen leben, unterdurchschnittlich in städtischen Regionen) unterscheidet sich der Freistaat hier von anderen westlichen Bundesländern. In Westdeutschland ist das Armutsrisiko in städtischen (14,3 %) und in ländlichen Regionen (14,1 %) etwa gleich hoch. Die deutlichsten Unterschiede zeigen sich bei der Betrachtung nach Altersklassen. In Bayern ist laut SOEP jede/r Fünfte ab dem 65. Lebensjahr von Armut bedroht – in Westdeutschland sind dies durchschnittlich 17,6 % (vgl. Tabelle 1).

ALTERSARMUT – Zur zeitlichen Entwicklung

Die mit Abstand größte Befragung, mit der auch in regionaler Differenzierung gruppenspezifische Armutsrisikoquoten auf Basis ausreichender Fallzahlen berechnet werden können,⁷ ist der jährliche amtliche Mikrozensus.⁸ Wie Tabelle 2 zeigt, ist in Bayern und Deutschland die Armutsrisikoquote bezogen auf die Gesamtbevölkerung 2013 leicht höher als im Jahr 2005. Für Westdeutschland ist der Zuwachs etwas größer. In allen drei Gebieten ist die Armutsrisikoquote der Ab-65-Jährigen im Betrachtungszeitraum deutlich stärker gestiegen, vor allem im Freistaat – mit 22,4 % ist sie dort auch am höchsten. Zumindest seit 2005 übersteigt die Armutsrisikoquote im Freistaat diejenige der Gesamtbevölkerung erheblich (in Westdeutschland erst seit 2011).

Nebenbei: Für ältere Frauen erreicht die Armutsrisikoquote in Bayern 2013 laut Mikrozensus bereits 25,1 %.

Tabelle 1: Armutsgefährdungsquoten nach Regionstypen und Altersklassen 2012 (regionaler Median, in Prozent)

	Deutschland %	Westdeutsch- land %	Bayern %
Gesamtbevölkerung	13,2	13,8	12,2
Regionstyp			
Städtische Regionen	12,5	14,3	10,7
Regionen mit Verstädterungsansätzen	12,7	12,9	(15,2)
Ländliche Regionen	15,4	14,1	12,2
Alter			
<25	19,9	19,0	–
25 bis <65	11,6	11,5	9,1
65+	14,5	17,6	20,4

Hinweis: Werte in runden Klammern: Fallzahl <100 und >30;
gestrichene Werte: Fallzahl <30

Quelle: SOEPv29, personengewichtete Daten;
Berechnungen INIFES

Tabelle 2: Entwicklung der Armutsrisikoquote* insgesamt und für Ab-65-Jährige in Deutschland, Westdeutschland und Bayern 2005 bis 2013 (in Prozent)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland									
Gesamtbevölkerung	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5
Ab-65-Jährige	11,0	10,4	11,3	12,0	11,9	12,3	13,2	13,6	14,3
Westdeutschland									
Gesamtbevölkerung	14,8	14,2	14,3	14,5	14,8	14,7	15,2	15,4	15,9
Ab-65-Jährige	13,5	12,7	13,7	14,3	14,1	14,4	15,4	16,0	16,9
Bayern									
Gesamtbevölkerung	14,0	13,5	13,6	13,6	13,7	13,8	14,0	14,1	14,6
Ab-65-Jährige	18,0	17,6	18,2	18,6	17,7	19,0	20,6	21,2	22,4

* jeweils regionaler Median

Quelle: IT-NRW (nach Mikrozensus)

Tabelle 3: Armutsgefährdungsquoten der Gesamtbevölkerung und bei Ab-65-Jährigen sowie Rentner/-innen in den bayerischen Regierungsbezirken 2012 (regionaler Median, in Prozent)

	Ober-bayern	Nieder-bayern	Ober-pfalz	Ober-franken	Mittel-franken	Unter-franken	Schwa-ben
Bevölkerung insgesamt	15,4	13,1	13,6	13,8	14,7	14,2	12,4
Ab-65-Jährige	22,4	25,0	23,5	16,3	18,1	22,5	18,9
Rentner/-innen*	26,6	28,7	28,2	19,2	20,5	26,0	22,1

* Erwerbsstatus des / der Haupteinkommensbezieher(in)

Quelle: Datenreport zur sozialen Lage in Bayern 2013, S. 61 f (IT-NRW; nach Mikrozensus)

In der Differenzierung nach Regierungsbezirken (vgl. Tabelle 3) ist die Armutsrisikoquote in der Gesamtbevölkerung in Oberbayern und Mittelfranken am höchsten – was durch die Großstädte geprägt ist, für die dies im Gegensatz zu kleinen und mittleren Städten typisch ist.

Bezogen auf Ab-65-Jährige ist dagegen die Armutsrisikoquote in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberpfalz am höchsten. Gleiches gilt, wenn man nur die Rentner betrachtet, allerdings auf nochmals deutlich höherem Niveau (da dabei die Pensionäre und die (ehemals / aktuell) Selbstständigen – beides Gruppen mit sehr geringer Armutsgefährdung im Alter – ausgeklammert werden und die „Hochrisikogruppe“ der früheren Soloselbstständigen unter den Älteren gegenwärtig noch nicht so sehr verbreitet ist).

ches gilt, wenn man nur die Rentner betrachtet, allerdings auf nochmals deutlich höherem Niveau (da dabei die Pensionäre und die (ehemals / aktuell) Selbstständigen – beides Gruppen mit sehr geringer Armutsgefährdung im Alter – ausgeklammert werden und die „Hochrisikogruppe“ der früheren Soloselbstständigen unter den Älteren gegenwärtig noch nicht so sehr verbreitet ist).

REGIONALE UNTERSCHIEDE DER DURCHSCHNITTLICHEN RENTENZAHLBETRÄGE

Aus den bisherigen Bayerischen Sozialberichten und den seit 2010 erscheinenden jährlichen Datenreports ist bekannt, dass gerade die soeben erwähnten Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz seit Jahren die geringsten durchschnittlichen Rentenzahlbeträge aufweisen.⁹ Das gilt (vgl. Tabelle 4) sowohl für die durchschnittlichen Zahlbeträge der Versichertenrenten wegen Alters (also auf die einzelnen Renten bezogen) als auch für die Gesamtzahlbeträge (also personenbezogen sowohl für Einfach- als auch Mehrfachbezieher einer Versicherten- und / oder Hinterbliebenenrente).

Abbildung 1 differenziert die durchschnittlichen Gesamtzahlbeträge der Bestandsrenten 2012 nach Rentnerstatus (also personenbezogen) für die Stadt- und Landkreise im Freistaat.

Die Ballung von Kreisen mit niedrigen durchschnittlichen Zahlbeträgen in Niederbayern und der Oberpfalz unterstreicht die oben angeführten Befunde aus der Differenzierung nach Regierungsbezirken.¹⁰ Aus der Karte (Abbildung 1) ist bereits auf den ersten Blick ersichtlich, dass es durchaus auch ländliche Räume in Bayern gibt, in denen die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge relativ hoch sind. Das gilt z. B. für einige „altindustrialisierte“ Kreise in Oberfranken.

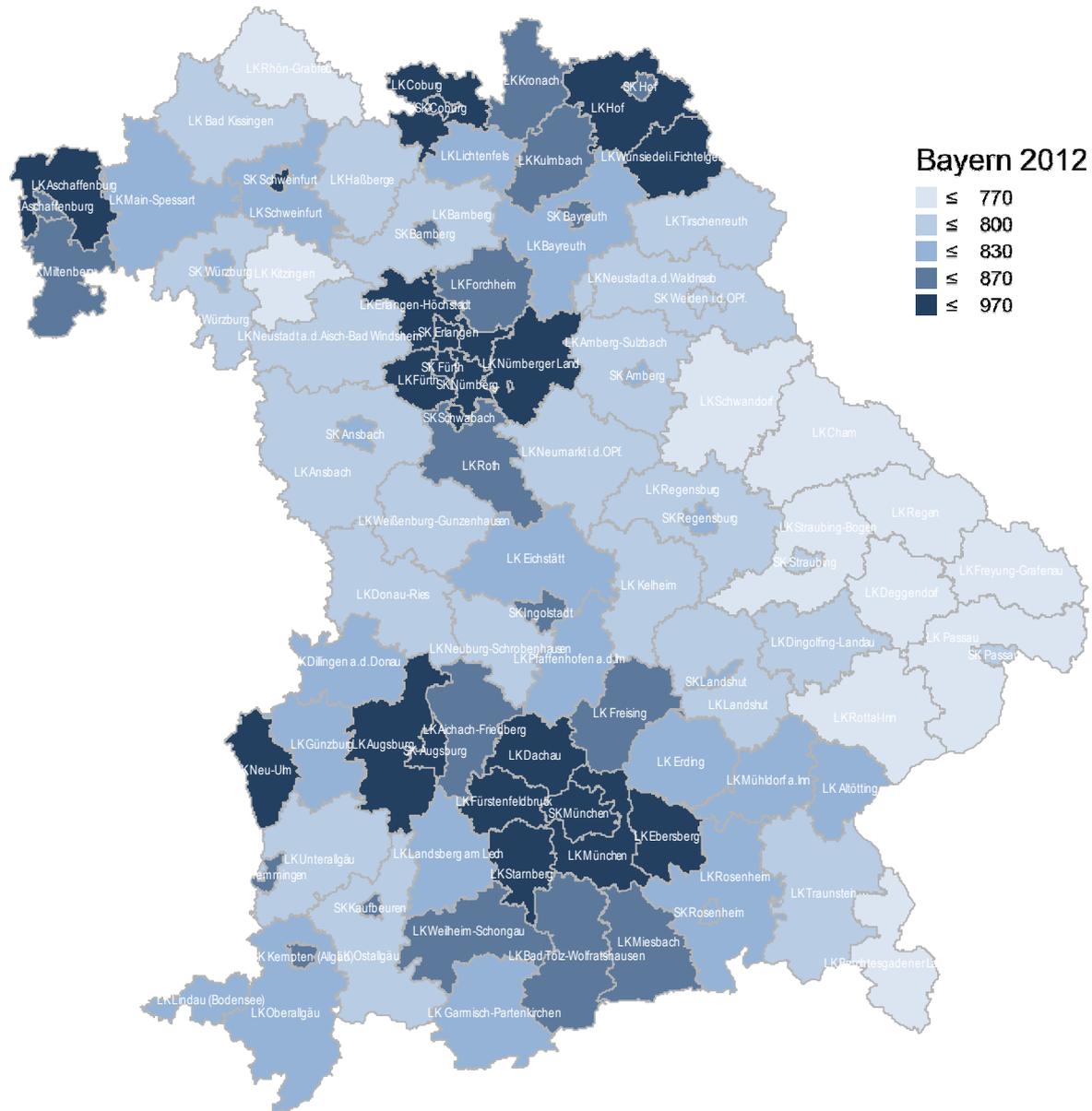
Tabelle 4: Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten wegen Alters und durchschnittliche Gesamtzahlbeträge von Rentnerinnen und Rentnern im Rentenzahlbestand 2012 in den bayerischen Regierungsbezirken (in Euro)

	Deutschland	Bayern	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
Versichertenrenten wg. Alters (rentenbezogen)	757	723	739	651	687	729	744	738	714
Rentenzahlbestand* ab 65 (personenbezogen)	895	842	870	756	778	847	881	820	836

* Versichertenrenten und Witwen- / Witwerrenten (ohne Waisenrenten)

Quelle: Datenreport zur sozialen Lage in Bayern 2013, S. 88 und Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

Abbildung 1: Durchschnittliche Gesamtzahlbeträge der Bestandsrenten nach Rentnerstatus in den Stadt- und Landkreisen Bayerns 2012 (in Euro pro Monat)



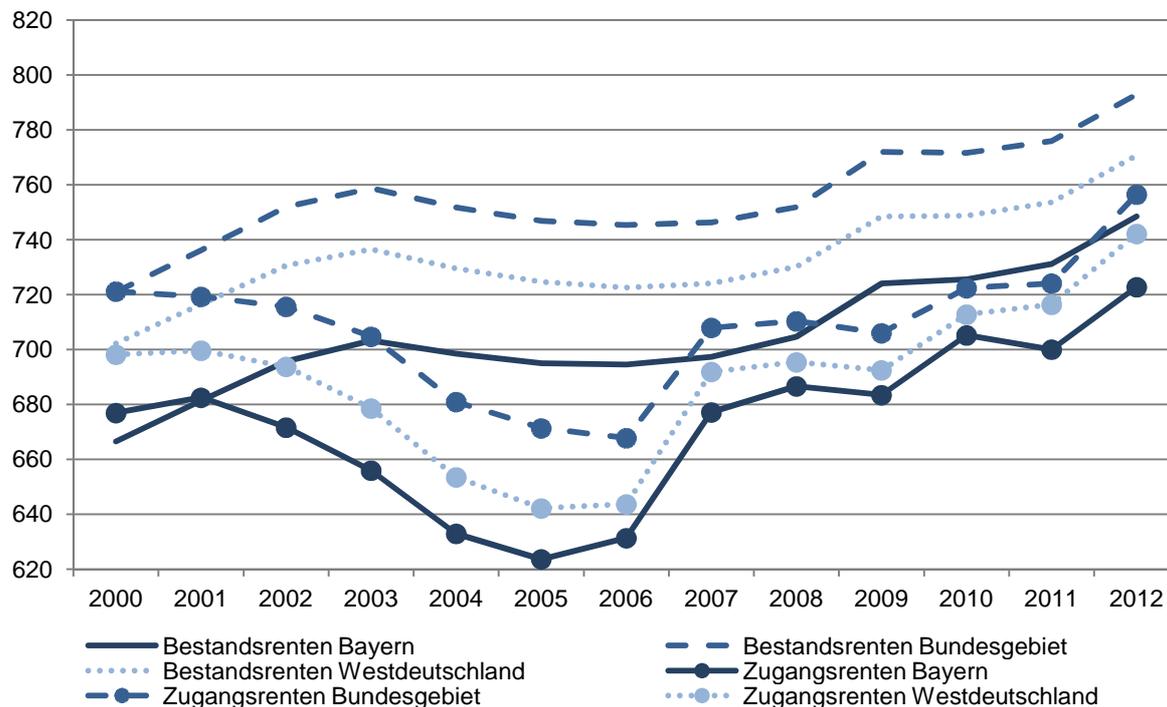
Quelle: Datenreport zur sozialen Lage in Bayern 2012, S. 101

ZUR ZEITLICHEN ENTWICKLUNG UND STREUUNG DER RENTENZAHLBETRÄGE

Die durchschnittlichen Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten sind in Bayern wie in Westdeutschland und in Deutschland insgesamt in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts deutlich gesunken und steigen seither nur abgebremsst wieder an. Ursache sind die diversen

Rentenreformen und auch der langfristige Trend zur Ausweitung von Nicht-Normalarbeitsverhältnissen, verbunden mit der lange anhaltenden hohen Arbeitslosigkeit.¹¹ Diese Entwicklung bei den Zugangsrenten hat zeitverzögert auch auf die Bestandsrenten durchgeschlagen, verstärkt durch die aufgrund der Rentenreformen geringeren Rentenanpassungen (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Durchschnittliche nominale Zahlbeträge der Versichertenrenten wegen Alters im Bestand und Zugang 2000 bis 2012 in Bayern, Westdeutschland und Deutschland (in Euro)



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

Auf drei Punkte muss hier hingewiesen werden:

1. Die Eurobeträge in Abbildung 2 sind nominale Beträge, d. h. der inflationsbedingte Kaufkraftverlust ist nicht berücksichtigt.¹² Inflationsbereinigt ist die Kaufkraft der gesetzlichen Renten im Betrachtungszeitraum deutlich gesunken: Seit den Rentenreformen wurde das 1957 eingeführte Ziel der Lebensstandardsicherung durch die gesetzlichen Renten aufgegeben.

2. Die geringeren durchschnittlichen Zahlbeträge bei den Neurenten wegen Alters und bei den Bestandsrenten in Bayern resultieren vor allem aus den wirtschaftshistorisch geringeren Arbeitnehmerentgelten (Wirtschaftsstruktur, höhere (Teilzeit-)Frauenerwerbstätigkeit). Renten sind von den Erwerbsverhältnissen von vor mehreren Jahrzehnten mit bestimmt. Aber auch heute noch gibt es eine Reihe bedeutender Niedriglohnbranchen bei Vollzeitbeschäftigten und auch mit vielen Minijobs etc.

3. Der „Aufholprozess“ des Freistaats bei den Rentenzahlbeträgen ist langfristiger Natur, zuerst bei den Neurenten, dann bei den Bestandsrenten.

Ein anderer wichtiger Aspekt ist die zunehmende Spreizung der Rentenzahlbeträge. Sie nimmt in Bayern – wie in Westdeutschland – mit der Zeit zu.¹³ Bemerkenswert ist, dass bei den Renten an Frauen die Spreizung seit 2003 nur in Richtung der hohen Renten stattfindet (höhere Qualifikationen, höhere Erwerbsbeteiligung), nicht aber nach unten, zumindest nominal betrachtet. Bei den Renten an Männer nimmt die Spreizung dagegen in beide Richtungen zu (was auch an Wechslern in den Beamten- bzw. Selbstständigenstatus mit entsprechenden kurzen Beitragszeiten liegt).

Differenziert nach Regierungsbezirken zeigt sich am Beispiel der Zugangsrenten wegen Alters (vgl. Tabelle 5), dass vor allem ein niedriger Anteil hoher Renten bei beiden Geschlechtern in Niederbayern und der Oberpfalz für die geringen Durchschnittszahlen verantwortlich ist.

Tabelle 5: Schichtung der Zahlbeträge der neuen Altersrenten* nach Geschlecht in den bayerischen Regierungsbezirken 2012 (Dezilobergrenzen in Euro)

	Perzentile								
	90	80	70	60	50	40	30	20	10
Oberbayern									
Männer	1.656	1.452	1.277	1.127	963	762	327	153	153
Frauen	1.151	907	746	609	481	370	193	125	125
Niederbayern									
Männer	1.521	1.325	1.204	1.100	971	806	364	178	178
Frauen	898	697	557	429	325	249	148	105	105
Oberpfalz									
Männer	1.580	1.344	1.219	1.122	1.019	883	427	210	210
Frauen	907	716	589	470	355	270	162	118	118
Oberfranken									
Männer	1.554	1.334	1.210	1.100	998	861	485	234	234
Frauen	961	806	696	591	485	372	192	130	130
Mittelfranken									
Männer	1.653	1.419	1.254	1.130	1.006	842	413	183	183
Frauen	1.034	840	718	606	496	379	192	120	120
Unterfranken									
Männer	1.652	1.446	1.296	1.190	1.094	975	519	241	241
Frauen	966	767	623	491	374	287	166	112	112
Schwaben									
Männer	1.614	1.408	1.265	1.147	1.012	846	358	151	151
Frauen	970	779	647	524	411	316	177	121	121

* Renten nach SGB VI und Art. 2 RÜG

Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

GESETZLICHE RENTEN SIND DER WICHTIGSTE TEIL DER ALTERSEINKOMMEN

Das entscheidende Problem beim Zusammenbringen der Empirie zu den nur schwach steigenden (schwächer als die Inflationsraten) Rentenzahlbeträgen mit den steigenden Altersarmutsrisikoquoten ist, dass nicht zwingend von niedrigen Renten auf insgesamt niedrige Alterseinkommen geschlossen werden kann,¹⁴ schon gar nicht auf der Haushaltsebene. Auf dieser Haushaltsebene wird aber, unter Zusammenrechnung aller Einkommen im Haushalt, das Armutsrisiko gemessen. Bei Statuswechslern, v. a. früher sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die sich selbstständig gemacht haben oder Beamte wurden, ist die kleine Rente meist nur ein Zubrot zur anderweitigen Alterssicherung.

Armutsrisikoquoten lassen sich mit den bestehenden Daten außerdem maximal bis zur Ebene der Planungsregionen, nicht jedoch auf Kreisebene ausdifferenzieren.

Dennoch zeigt Tabelle 6, dass die Hypothese höchst plausibel ist, dass sinkende / niedrige Rentenzahlbeträge vor allem Haushalte mit niedrigen Haushaltsnettoeinkommen treffen und damit relevant für Altersarmut sind. Für das Jahr 2008 (die Zahlen aus der EVS 2013 liegen noch nicht vor) ist in der Tabelle abzulesen, dass die gesamten gesetzlichen Renten in allen Haushalten mit einem Rentner ab 65-Jahren als Haupteinkommensbezieher 61,6 % der gesamten Haushaltsbruttoeinkommen ausmachen. In der Differenzierung nach Haushaltsnettoeinkommen fällt dieser Anteil von 93,2 % bei der untersten Einkommensgruppe bis hin zu der einkommensstärksten Gruppe auf 27,4 %. In den untersten drei Einkommensgruppen liegt der Anteil über Dreiviertel. Die durchschnittlichen Beträge und Anteile der Einkommensarten (aus abhängiger Arbeit, Vermögen, zweiter und dritter Säule der Alterssicherung usw.) nehmen dagegen mit zunehmendem Haushaltsnettoeinkommen in der Tendenz deutlich zu.

Tabelle 6: Einkommen von Rentnerhaushalten aus der gesetzlichen Rentenversicherung nach Haushaltsnettoeinkommensklassen und ausgewählte Einkommensbestandteile 2008 (Angaben in Euro / Monat und %)

	Haushaltseinkommen in Euro								
	Haush. insg.	unter 900	900 bis 1.300	1.300 bis 1.500	1.500 bis 2.000	2.000 bis 2.600	2.600 bis 3.600	3.600 bis 5.000	ab 5.000
Anteil an allen Rentnerhaushalten (in %)	100	10	18	8	20	19	16	6	3
Haushaltsbruttoeinkommen	2.303	774	1.210	1.525	1.904	2.475	3.247	4.438	7.597
(Brutto-)Renten der gesetzl. RV	1.419	721	964	1.169	1.359	1.673	1.905	2.009	2.808
Anteil GRV-Renten (in %) an Haushaltsbruttoeinkommen	61,6	93,2	79,7	76,7	71,4	67,6	58,7	45,3	27,4
durchschnittl. Haushaltsnettoeinkommen	2.117	699	1.108	1.400	1.749	2.283	2.997	4.136	6.919

Quelle: Statistisches Bundesamt 2010, S. 114 (EVS)

DISKUSSION

Auch wenn die Datenlücke zwischen den Rentendaten und dem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (gegenwärtig) noch nicht geschlossen werden kann, so sind die nachfolgenden Schlussfolgerungen ebenso plausibel wie die aufgezeigten Probleme weitere Forschungsanstrengungen begründen.

Die im gegebenen Rahmen nur exemplarisch untersuchten Glieder in der Wirkungskette zwischen geringen Renteneinkommen und regionalen Abwärtsspiralen in ländlichen Räumen haben aufgezeigt (vgl. Abbildung 1), dass das regionale Muster der Rentenzahlbeträge heterogen ist. Besonderheiten müssen näher untersucht und multivariat erklärt werden. Dennoch zeigen sich relativ stabile Muster – z. B. sogar auf der Regierungsbezirksebene die deutlich niedrigeren Beträge in Niederbayern und der Oberpfalz. Um die Ursachen noch klarer und valide herauszuarbeiten, braucht es mehr verknüpfbare Informationen (Rentendaten, Arbeitsmarktindikatoren, Einkommen). Zwar gibt es seit kurzem erste Ansätze der Verknüpfung von Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund mit Daten der Bundesagentur für Arbeit, aber das reicht noch nicht. Es müssen z. B. regionalisierte wirtschaftshistorische Informationen mit einbezogen werden, ebenso solche zum Wanderungsverhalten. Die größte „Baustelle“ wären kleinräumig und gruppenspezifisch differenzierbare Daten zum Einkommen und historisch zur Arbeitsmarktentwicklung.

Die Zahlen haben auch gezeigt, dass die Streuung der Rentenzahlbeträge groß ist und zunimmt. Das gilt auch für die Alterseinkommen bzw. die Einkommensverteilung überhaupt und nicht nur für ländliche Räume, sondern sogar weit über Deutschland hinaus.¹⁵ Dies muss unseres Erachtens unter verschiedensten Aspekten und auf verschiedenen Ebenen auf seine Folgen hin diskutiert werden, – bis hin zu ordnungspolitischen Grundsatzdebatten (gerade wenn wir die Leitvorstellung Ludwig Erhards von einer Sozialen Marktwirtschaft beibehalten wollen).

Angesichts solcher großer Dimensionen mag die Frage nach den Folgen für die ländlichen Räume fast marginal erscheinen. Sie ist es aber nicht! Der demografische Wandel, der in vielen

Fällen gar nicht der Auslöser gesellschaftlicher Probleme ist, sondern sie nur verstärkt und fokussiert, wirkt auch hier wie ein Brennglas: Wo die Anteile der Älteren an der Bevölkerung stark steigen, wirken sich negative Entwicklungen bei den Renten bzw. Alterseinkommen verstärkt aus. Das Entstehen eines Teufelskreises nach unten ist dann, wenn überhaupt, nur noch schwer aufzuhalten – im Übrigen wohl nur sehr begrenzt auf der Ebene der Kommunal- oder auch Landespolitik (Stichwort: Rentenpolitik). Die Folgen sind wie eingangs erwähnt – verbunden mit massiven volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten¹⁶ – im Hinterland der Costa del Sol etc. zu beobachten. Für einen Urlaub sind solche Brachlandschaften sicher wunderschön. Mehr aber auch nicht.

|| PROF. DR. ERNST KISTLER

Internationales Institut für Empirische
Sozialökonomie, INIFES gGmbH, Stadtbergen

|| DIPL. SOZ. CONSTANTIN WIEGEL

Internationales Institut für Empirische
Sozialökonomie, INIFES gGmbH, Stadtbergen

ANMERKUNGEN

- ¹ Der Beitrag fußt auf der Arbeit an Sozial- bzw. Armuts- und Reichtumsberichten für eine Reihe von Bundesländern, darunter auch für das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Frauen und Integration. Ein Teil der präsentierten Zahlen ist dem StMAS-Bericht zur Sozialen Lage in Bayern 2013 entnommen.
- ² Vgl. z. B. Becker, Irene / Hauser, Richard: Dunkelziffer der Armut – Ausmaß und Ursachen der Nichtinanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen, Berlin 2005.
- ³ Das Nettoäquivalenzeinkommen eines Haushalts berücksichtigt die Zahl und das Alter der Haushaltsmitglieder (bedarfsgewichtetes Einkommen).
- ⁴ Der Median teilt eine Gesamtheit in zwei Hälften. 50 % haben ein höheres, 50 % haben ein geringeres Einkommen (bzw. Vermögen).
- ⁵ Niemand käme z. B. auf die Idee, die Armutsrisikoquoten in Deutschland anhand des Medians des Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens aller EU-Länder zu berechnen.

- ⁶ Vernünftigerweise richtet man seine Aufmerksamkeit mehr auf die Spannweite der Ergebnisse mehrerer Quellen, auf Gruppenvergleiche und Trends über Zeit als auf nur eine einzelne Zahl. Das gilt auch, da die verschiedenen Datenquellen für Armuts- bzw. Verteilungsanalysen diverse Bevölkerungsgruppen gar nicht umfassen (z. B. der Mikrozensus und die EVS), die Anstaltsbevölkerung (Heime, Gefängnisse) und Obdachlose am unteren Rand und die Bezieher wirklich hoher Einkommen (aus Datenschutz- und Machbarkeitsgründen).
- ⁷ Ein Nachteil des Mikrozensus ist, dass in dieser Erhebung die Haushaltseinkommen nur in (inzwischen allerdings sehr differenzierten) Einkommensklassen erfasst werden und bei den Berechnungen interpoliert werden muss.
- ⁸ Auch in der EU-SILC Erhebung wird ab 2000 ein klarer Anstieg der Armutsrisikoquoten insgesamt und bei Älteren für Deutschland deutlich. Im „alten Europa“ (EU-15-Länder) ist dagegen in diesem Zeitraum die durchschnittliche Armutsrisikoquote ebenfalls leicht angestiegen, diejenige der Älteren aber gesunken.
- ⁹ Das gilt auch für die Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten wegen Alters (Rentenzugang; vgl. StMAS (Hrsg.): Datenreport zur sozialen Lage in Bayern 2013, München 2014, S. 88). Allerdings holen die in dieser Hinsicht schwächeren Regierungsbezirke relativ gesehen langsam auf.
- ¹⁰ Bezogen auf die einzelnen Versichertenrenten wegen Alters ist die Verteilung nach Kreisen zur Abbildung 1 ähnlich.
- ¹¹ Diese hat auch mit einem demografisch bedingten Überangebot an Arbeitskräften (die sog. „Baby-boomer“) in der Zeit nach dem Ende des Wirtschaftswunders zu tun. Daraus resultiert(e) auch eine schwächere Entwicklung der Löhne bzw. Rentenansprüche, speziell im unteren Lohnbereich. Vgl. zu den Konsequenzen der Reformen und der Veränderungen am Arbeitsmarkt Kistler, Ernst / Trischler, Falko: „Gute Erwerbsbiographien“. Der Wandel der Arbeitswelt als Risikofaktor für die Alterssicherung, in: Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in der Alterssicherung – Folgen für die Einkunftsfrage im Alter, hrsg. von Ernst Kistler und Falko Trischler, Düsseldorf 2014, S. 171-204.
- ¹² Vgl. dazu detailliert StMAS-Datenreport, S. 92 ff.
- ¹³ Vgl. StMAS: Dritter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, München 2012, S. 342.
- ¹⁴ Ärgerlich ist es, wenn vorhandene Daten, die wenigstens ein kleines Stück weit weiter helfen könnten, wie diejenigen der vom Bundesarbeitsministerium finanzierten Studie („Alterssicherung in Deutschland“ – ASID) nicht für regionale Analysen z. B. auf Bundesländerebene zur Verfügung stehen.
- ¹⁵ Vgl. z. B. Piketty, Thomas: Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014.
- ¹⁶ Vgl. z. B. Stiglitz, Joseph: Der Preis der Ungleichheit, München 2012; Cingano, Federico: Trends in Income Inequality and its Impact on Economic Growth, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No 163, Paris 2014.